

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze,
Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/6914 –**

Die finanzielle Deckelung von Reha-Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung aufheben – Reha am Bedarf ausrichten

A. Problem

Die steigende Anzahl älterer Beschäftigter sowie von Beschäftigten mit Behinderung erhöht den Bedarf an Rehabilitationsleistungen nach Darlegung der Antragsteller deutlich. Aufgrund eines Finanzierungsdeckels werden die Leistungen zur Teilhabe nach Auffassung der Antragsteller nicht am tatsächlichen Bedarf der Betroffenen bemessen.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, womit die Deckelung der Reha-Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgehoben und die Leistungen zur Teilhabe am Bedarf der Betroffenen ausgerichtet werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenüberlegungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/6914 abzulehnen.

Berlin, den 18. Januar 2012

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Max Straubinger
Stellvertretender Vorsitzender

Peter Weiß (Emmendingen)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Peter Weiß (Emmendingen)

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/6914** ist in der 130. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. September 2011 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller sind der Auffassung, dass der Bedarf für Leistungen der Rehabilitation nicht aufgrund eines bestehenden Finanzierungsdeckels von den Rentenversicherungsträgern vorgegeben werden darf. Der Bedarf sei vielmehr am tatsächlichen Bedarf der Betroffenen zu bemessen. Das System müsse überdacht werden, um sicherzustellen, dass die notwendigen Rehabilitationsleistungen auch wirklich erbracht werden könnten. Daher solle die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem die Deckelung in der gesetzlichen Rentenversicherung umgehend aufgehoben wird.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/6914 in seiner Sitzung am 18. Januar 2012 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/6914 in seiner 85. Sitzung am 18. Januar 2012 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** forderte, dass die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung als Reha-Träger gesichert werden müsse. Die bisherige Budgetsteigerung analog der Lohnsteigerung sei eventuell künftigen Herausforderungen nicht angemessen. Den Reha-Deckel ganz aufzuheben, sei aber mit Blick auf die gesetzlichen Beitragsziele nicht möglich. Im Hinblick auf die wachsende Zahl älterer Bürger trete die Fraktion aber dafür ein, einen zusätzlich Betrag für diese Aufgaben vorzusehen. Der vorliegende Antrag werde abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** forderte, mehr in Prävention zu investieren. Im vorliegenden Antrag werde der Reha-Deckel zwar richtig analysiert. Ihn zu verändern, sei dringend nötig, eine gänzliche Abschaffung aber nicht sinnvoll. Die SPD-Fraktion werde dazu einen eigenen Antrag einbringen.

Die **Fraktion der FDP** lehnte eine ausschließliche Ausrichtung des Reha-Budgets am Bedarf ab. Effizienter Mitteleinsatz sei nötig, die Orientierung am Bruttolohn durchaus sachgerecht. Die Koalition diskutiere derzeit über einen neuen Anpassungsmechanismus. Dieser dürfe aber die Spielräume für Beitragssenkungen in der Rentenversicherung nicht einschränken.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verwies auf zahlreiche Experten und Verbände, die eine Anhebung des Reha-Budgets forderten. Wenn es nicht gelinge, Arbeitnehmer mit Reha-Bedarf in Arbeit zu halten, drohe vielen von ihnen Armut. Man müsse die Reha am Bedarf der Betroffenen ausrichten, statt an einem Finanzierungsdeckel. Stattdessen würden Anträge zunehmend abgelehnt. Es müssten die notwendigen Reha-Leistungen erbracht werden können und dazu sei es die Abschaffung des Reha-Deckels geboten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies auf die Verpflichtung der Rentenversicherungsträger hin, Reha-Leistungen am Bedarf auszurichten. Der Reha-Deckel dränge die Träger daher in eine Grauzone. Der Bedarf an Reha-Leistungen steige wegen des demographischen Wandels, zeitgleich stagniere oder sinke die Bezugsgröße – der Bruttolohn. Gegensteuern sei zwingend notwendig durch Änderung des Anpassungsmechanismus. Ein Kostenmanagement müsse aber mit Blick auf die Beitragsätze erhalten bleiben.

Berlin, den 18. Januar 2012

Peter Weiß (Emmendingen)
Berichterstatter

